

Experten drängen auf Einschnitte im Pensionssystem – Politiker sind vorerst skeptisch

Pensionsreform „unbedingt noch 2003“ beginnen

Länger arbeiten für weniger Pension, das ist die Kernbotschaft der Pensionsreformkommission. Was die Regierung davon umsetzen wird, ist fraglich. Der Pensionsexperte Bernd Marin und Kollegen kritisieren Detailvorschläge der Kommission.

Eva Linsinger

Wien – „Das Pensionssystem explodiert unter der Hand. Bis zum Jahr 2007 würde der Bundeszuschuss zu den Pensionen um 57 Prozent ansteigen, wenn nichts geändert wird.“ – So begründet der Sozialwissenschaftler Bernd Marin im STANDARD-Gespräch, warum er „unbedingt noch 2003“ den Beginn einer Pensionsreform für notwendig hält.

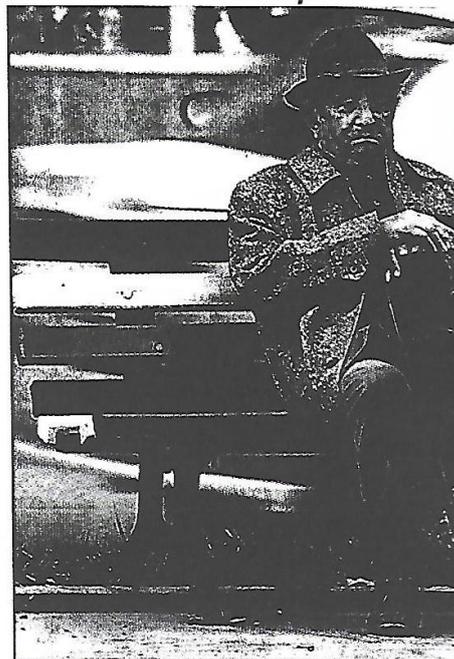
Die Pensionsreformkommission hat einen Bericht mit

etlichen Reformvarianten vorgelegt – aus denen die Regierung auswählen soll.

Einig waren sich alle Experten, dass der **Durchrechnungszeitraum** für die Pension verlängert werden muss. Derzeit werden die 15 besten Jahre zur Pensionsberechnung herangezogen. „Das bevorzugt alle mit steilen Einkommenskurven und benachteiligt alle, die flache Einkommenskurven haben, etwa Arbeiter“, erklärt Christine Mayrhuber vom Wirtschafts-

Glück hat, wer den Ruhestand genießt. Künftig wird man länger arbeiten müssen.

F.: Reuters



REAKTIONEN

„Eine Katastrophe“, formuliert in einer „schlimmen Handschrift“, die „Blut, Schweiß und Tränen“ für die Betroffenen bedeuten würde, sieht der Sozialsprecher der Grünen, **Karl Öllinger**, in den Vorschlägen der Pensionsreformkommission. Das vorgelegte Konzept wäre „mit Sicherheit“ eine unüberwindbare Hürde für die Grünen, in eine Koalition mit der ÖVP zu gehen, die Grünen könnten dem „mit Sicherheit nicht zustimmen“. Wichtige Punkte wie die Harmonisierung der Pensionssysteme fehlten.

Mit einem besonders drastischen Vergleich reagierte die Vizechefin der Grünen, **Madeleine Petrovic**, auf die Kommissionsvorschläge: Die geplanten Maßnahmen für die Frauen kämen einer „ökonomischen Witwenverbrennung“ gleich, meinte Petrovic. Sie verwies auf die wachsende Altersarmut, die vor allem Frauen betreffe. Die durchschnittliche Frauenalterspension sei um 45 Prozent niedriger als die der Männer.

VP-Generalsekretärin **Maria Rauch-Kallat** wies Petrovics Kritik als „haltlose Unterstellung“ zurück.

„Sehr kritisch“ beurteilte der Leitende Sekretär des ÖGB, **Richard Leutner**, die Expertenideen. Arbeitsmarktsituation und Beitragsgerechtigkeit würden nicht berücksichtigt. ÖGB-Frauvorsitzende **Renate Csörgits** lehnt vor allem die vorgeschlagene Ausweitung des Durchrechnungszeitraumes ab, weil das vor allem die ohnehin niedrigen Frauenpensionen weiter senken würde.

Enttäuscht reagierte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, **Hans Sallmutter**. Eine niedrigere Pensionshöhe zwinge Versicherte zu einer „beträchtlich riskanteren“ privaten Vorsorge, die sich viele nicht leisten könnten. FP-Klubchef **Karl Schweitzer** sagte, er würde das Papier „so nicht unterschreiben“. ÖAAB-Generalsekretär **Walter Tancsits** relativierte: Es sei das Wesen von Expertenvorschlägen, dass sie „nie politisch voll umsetzbar sind“. (red)

forschungsinstitut. Daher, so die Kommission, soll der

Durchrechnungszeitraum künftig das ganze Erwerbsleben betragen. Mayrhuber warnt aber davor, das ohne Ausgleich zu machen: „Sonst wären Frauen, die wegen Kinderbetreuungspflichten Teilzeit arbeiten und weniger verdienen, benachteiligt.“

Marin plädiert dafür, die fünf schwächsten Jahre nicht zur Pensionsberechnung heranzuziehen: „Sonst zahlen alle mit Studentenjobs drauf.“ Generell werden Angestellte mit der Verlängerung des Durchrechnungszeitraums weniger Pension bekommen, einfache Arbeiter eher mehr.

Frühpension lohnt sich

Einig war sich die Reformkommission auch, dass die Abschlüsse für die, die vorzeitig in Pension gehen, erhöht werden müssen. Nirgendwo zahlt es sich so aus, in Frühpension zu gehen wie in Österreich. Derzeit betragen die Abschlüsse für Frühpensionen drei Prozent, künftig sollen es vier sein. Marin ist das zu niedrig: „Die Abschlüsse sollen sechs Prozent pro Jahr sein wie überall in Europa. Ich bin für ein Recht auf Faulheit, das sollen aber die Leute selbst bezahlen, nicht die Allgemeinheit.“ Mayrhuber ent-

gegnet, dass man das Pensionssystem nicht losgelöst vom Arbeitsmarkt betrachten dürfe – und auf dem haben ältere Arbeitnehmer wenig Chancen. Dem kontert Marin, dass ab 2005 Vollbeschäftigung eintreten werde, Abschlüsse also gerechtfertigt seien.

Enttäuscht geben sich die Experten von den Vorschlägen zur **Frauenpension**. Derzeit beträgt die durchschnittliche Frauenpension 45 Prozent der Männerpension, die Pensionskommission will das durch längere Anrechnung der Kinderbetreuungszeit ändern. Das ist Marin zu wenig: „Die Betreuungszeit muss besser bewertet werden – derzeit bekommen Präsenz- oder Zivildienner viel höhere Beiträge fürs Pensionssystem angerechnet als Frauen in der Bypasspause.“ Mayrhuber ist vor allem eine Botschaft an die Politiker, die Vorschläge der Pensionskommission umsetzen sollen, wichtig: „Es ist eine Illusion, die Frauenpension verbessern zu wollen – und zu glauben, das sei ein finanzielles Nullsummenspiel.“

Die Hauptkritik von Marin ist aber eine grundsätzlichere: „Es ist unfair, das Pensionssystem zu reformieren – und Leute, die jetzt schon in Pension sind, davon auszunehmen.“